



Karl Christian Führer

Umbruch und Kontinuität auf dem Hamburger Zeitungsmarkt nach 1933

Repositoryum Medienkulturforschung 2/2013

Karl Christian Führer (PD Dr. phil.) lehrt Geschichte am Historischen Seminar der Universität Hamburg und ist z.Z. Mitarbeiter im DFG-Projekt „Wohnungsspekulation und Mieterprotest in westdeutschen Großstädten 1966–1986“ an der Universität Hannover. Arbeitsschwerpunkte: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Mediengeschichte, Geschichte der sozialen Sicherungssysteme.

Letzte Buchpublikationen u. a.: (Mithrsg.) *Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1920* (Essen 2013), *Carl Legien 1861–1920: Ein Gewerkschafter im Kampf um ein „möglichst gutes Leben“ für alle Arbeiter* (Essen 2009), *Medienmetropole Hamburg. Mediale Öffentlichkeiten 1930–1960* (München, Hamburg 2008).

© AVINUS, Berlin 2013
Gustav-Adolf-Str. 9
D-13086 Berlin

Tel.: +49 (0)30 – 92 405 410
Fax: +49 (0)30 – 92 405 411
E-Mail: zentralredaktion@medienkulturforschung.de
Web: www.repositoryum.medienkulturforschung.de

Alle Rechte vorbehalten

ISSN 2197-0262

Abstract

Anfang 1933 verfügte Hamburg als zweitgrößte Stadt Deutschlands über eine vielgestaltige Presselandschaft. 24 Tageszeitungen versorgten die Stadt mit politischen Informationen, Kommentaren, Werbung und Unterhaltung. Nach der Machtergreifung Hitlers kam es unter den neuen politischen Bedingungen zu einem Wandel der Tagespresse; gleichzeitig waren auch viele Kontinuitäten in der Presse zu beobachten. Karl Christian Führer skizziert in seinem Aufsatz dieses Nebeneinander von Bruch und Kontinuität in der Hamburger Presselandschaft nach 1933. Dabei beschreibt er nicht nur die politisch bedingten Veränderungen in der Presse, die sich sowohl durch die direkte Intervention der NSDAP als auch indirekt durch die ‚Selbstgleichschaltung‘ bürgerlicher Zeitungsredaktionen ergaben, sondern rekonstruiert auch die Entwicklung der noch bestehenden hanseatischen Tageszeitungen bezüglich ihrer Auflagenstärke und inhaltlichen, als auch politischen Ausrichtung in den Jahren 1933 bis 1939.

Inhalt

Selbstgleichschaltung und Gleichschaltung der ‚bürgerlichen‘ Presse	3
Ein verzögerter Boom: Hamburger Zeitungen in den Jahren 1934 bis 1939	16
Literatur	22

Wie alle Großstädte des Landes so verfügte auch Hamburg im Januar 1933, als der Prozess der nationalsozialistischen Machtübernahme im Deutschen Reich begann, über eine ausgesprochen vielgestaltige Presselandschaft: Nicht weniger als 24 verschiedene Tageszeitungen versorgten die Hanseaten mit politischen Informationen, Kommentaren, Werbung und Unterhaltung. Dieses Ensemble der Tagespresse wandelte sich unter den neuen politischen Bedingungen deutlich – zugleich aber gab es doch auch viele Kontinuitäten, die über den politischen Umbruch der ‚Machtergreifung‘ hinweg liefen.

Der vorliegende Text versucht dieses Nebeneinander von Bruch und Kontinuität im Überblick zu skizzieren. Er betrachtet zunächst die politisch bedingten Veränderungen in der Hamburger Presse, die sich sowohl durch die direkte Intervention der NSDAP als auch indirekt durch die ‚Selbstgleichschaltung‘ bürgerlicher Zeitungsredaktionen ergaben. Ein zweiter Abschnitt zeigt dann, wie sich der Absatz der hanseatischen Tageszeitungen in den Jahren 1934 bis 1939 entwickelte.¹ Dabei wird deutlich, dass die inhaltlich gleichgeschaltete Presse bis zum Beginn des Krieges erfolgreich neue Leser und Leserinnen gewann. Trotz anfänglicher Probleme gerade in diesem Segment der Medienwelt gelang es dem NS-Regime, den größten Teil der Hamburger Bevölkerung auch mit Zeitungen dauerhaft medial an sich zu binden. Das Wort von der nationalsozialistischen ‚Volksgemeinschaft‘ hat angesichts der überaus zahlreichen Zeitungsläser für die Vorkriegsjahre durchaus seine Berechtigung.

Selbstgleichschaltung und Gleichschaltung der ‚bürgerlichen‘ Presse

Die Übernahme der politischen Macht durch die NSDAP und die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur bedeuteten zunächst einmal vor allem das Ende der gesamten linken Presse. Allerdings gab es hier eine Art ‚Inkubationszeit‘, denn die Nationalsozialisten besaßen unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 noch keineswegs die uneingeschränkte Macht. Noch existierte die föderale Struktur des Reiches, die den einzelnen Landesregierungen gerade in allen Polizeiangelegenheiten (und dazu gehörte auch die Unterdrückung von Druckerzeugnissen) großen Spielraum ließ. Zwar räumte eine Notverordnung von Reichsregierung und Reichspräsident den Ländern bereits am 4. Februar 1933 nahezu uneingeschränkte Möglichkeiten ein, politisch missliebige Druckschriften aller Art zu beschlagnahmen und zu verbieten. Für Hamburg aber blieb das zunächst bedeutungslos, denn hier regierte immer noch ein von der SPD und den beiden liberalen Parteien Deutsche Volkspartei und Staatspartei getragener Senat. Zwar besaß die Koalition schon seit dem September 1931 in der Bürger-

¹ Siehe Editorischer Hinweis am Ende dieses Beitrags.

schaft keine Mehrheit mehr; ein neuer Senat aber wurde nicht gewählt, weil die beiden radikalen Parteien NSDAP und KPD sich zu einer negativen Mehrheit zusammenschlossen und Obstruktionspolitik trieben. Nach den Bestimmungen der damaligen Hamburger Verfassung blieben die Senatoren damit trotz der Wahlniederlage als geschäftsführende Regierung im Amt. Da die Hamburger NSDAP mithin auch nach dem Machtantritt Hitlers immer noch eine der Oppositionsparteien des Stadtstaats war, hatte die Notverordnung für das Pressewesen der Hansestadt zunächst keine Auswirkungen.

Mehr als eine Galgenfrist war für die Pressefreiheit damit allerdings nicht gewonnen, denn schon der Reichstagsbrand in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 lieferte der NSDAP den hochwillkommenen Vorwand, alle bürgerlichen Freiheiten in ganz Deutschland zu beseitigen. Die sogenannte ‚Reichstagsbrandverordnung‘ vom 28. Februar verbrämte legalistisch den Bruch der Verfassung und die Weichenstellung in Richtung auf die Diktatur, die in der politischen Praxis mit massenhaften Verhaftungen von Mitgliedern der KPD und mit der Beschlagnahmung aller überhaupt greifbaren kommunistischen Druckerzeugnisse schon unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Berliner Feuers vollzogen wurde. Zugleich erweiterte die Verordnung den bereits entfesselten Angriff der NSDAP auf die Pressefreiheit noch ganz erheblich: Zur Abwehr angeblich drohender „staatsgefährdender Gewaltakte“ und unter dem Vorwand einer erlogenen Verwicklung der SPD in den Brandanschlag verfügte die Hitler-Regierung in der Verordnung nicht nur das Verbot aller kommunistischen Zeitungen und Zeitschriften, sondern auch die Unterdrückung der sozialdemokratischen Presse. SA-Männer und die Hamburger Polizei verhinderten deshalb schon am 28. Februar das Erscheinen der kommunistischen *Hamburger Volkszeitung (HVZ)*.² Im preußischen Harburg wurde am gleichen Tag auch das sozialdemokratische *Volksblatt für Harburg, Wilhelmsburg und Umgebung* verboten.

Die SPD-Presse in Hamburg blieb hingegen noch unangetastet, denn der Stadtstaat hatte auch nach dem 27. Februar immer noch einen sozialdemokratischen Polizeisenator. Am 3. März 1933, zwei Tage vor der von der NSDAP angesetzten neuen Reichstagswahl, fand diese politische Übergangszeit, die das Führungspersonal der Hamburger Sozialdemokratie erstarbt und passiv durchlebte, ihr Ende: Reichsinnenminister Frick (ein ‚alter Kämpfer‘ der NSDAP) forderte das Verbot des SPD-Parteiorgans *Hamburger Echo*, weil das Blatt leise Zweifel an den antikommunistischen Verschwörungstheorien geäußert hatte, mit denen das NS-Regime den Brandanschlag in Berlin erklärte. Als Polizeiherr der Hansestadt hätte der Sozialdemokrat Adolph Schönfelder diese Unterdrückung des Zentralorgans seiner eigenen Parteiorganisation umsetzen müssen.

² Hempel-Küter 1989, S. 296f. – Der hier vorgelegte Text folgt im präsentierten Material und teilweise auch in den Formulierungen den thematisch entsprechenden Kapiteln in Führer 2008 (s. Editorischer Hinweis).

Diesen „Verrat an meinen besten Freunden“ mochte sich Schönfelder nicht antun: Er trat zurück und mit ihm verließen auch die anderen sozialdemokratischen Senatoren den Senat.³ Unmittelbar danach wurden neben dem *Hamburger Echo* auch zwei weitere Hamburger SPD-Zeitungen – das *Bergedorf-Sander Volksblatt* und die Cuxhavener *Alte Liebe* – verboten.⁴

Mit diesen Verboten verlor ein bedeutender Teil der Hamburger Bevölkerung die gewohnte Tageszeitung. Die Druckauflage der unterdrückten Blätter lag insgesamt wohl bei 96.000 Exemplaren. Der größte Teil davon entfiel auf das sozialdemokratische *Echo*, das rund 60.000 Exemplare pro Ausgabe druckte; für die kommunistische *Volkszeitung* ist (trotz höherer Angaben des Verlags) wohl von einer Auflage von ca. 10.000 Exemplaren auszugehen.⁵ Ende 1932 hatte die gesamte hanseatische Linkspresse wohl etwa ein Fünftel aller Hamburger Familien und Haushalte erreicht. Sie alle sahen sich nach dem März 1933 zwangsweise ohne tagesaktuelle gedruckte Informationen. Leider wissen wir nicht, wie diejenigen, die damals den Übergang von der Demokratie zur Diktatur als Zeitgenossen erlebten, diese Veränderung bewerteten. Das Fehlen einer bislang kontinuierlich gelesenen Tageszeitung kann ja durchaus eine empfindliche Lücke in den gewohnten Alltag reißen, weil der bislang stetige Informationsfluss plötzlich unterbrochen wird. Im Deutschland des Jahres 1933 mag das sogar besonders stark gegolten haben, denn schließlich wandelten sich die Verhältnisse seinerzeit auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen in grundstürzender Weise: Nachrichtenarmut war mit Sicherheit kein Problem dieser Zeit.

Dennoch können wir ausschließen, dass die mit dem Ende der Pressefreiheit zeitunglos gewordenen Hamburger sofort nach anderen Tageszeitungen griffen: Alle verfügbaren Informationen über die Entwicklung der Zeitungsauflagen in Hamburg (wie auch generell in Deutschland) in den Jahren 1933/34 widersprechen dem: Der Weg von streng auf linke weltanschauliche Kohärenz getrimmten Zeitungen zu der nach den Kriterien der NSDAP gleichgeschalteten Tagespresse war wohl einfach zu weit, um ihn in kurzer Frist, unmittelbar nach dem Verbot von Zeitung und Partei, zu gehen. Später allerdings – so wird sich zeigen – galt das offensichtlich nicht mehr.

Nach dem Verbot der linken Presse und der Etablierung der NSDAP als der eindeutig dominanten politischen Macht im ganzen Reich ergab sich im deut-

³ Zit. nach Lüth 1966, S. 230. Die Ex-Senatoren gaben am gleichen Tag eine Presseerklärung heraus, in der sie betonten, das HE-Verbot sei „nicht gerechtfertigt“. Der Text erschien kommentarlos im *Hamburger Fremdenblatt* (HF): „Die Erklärung der sozialdemokratischen Senatoren“, in: HF, Nr. 64, 5.3.1933.

⁴ „Auch die *Alte Liebe* verboten“, in: *Hamburger Nachrichten* (HN), Nr. 107, 4.3.1933; „Verbot des *Bergedorf-Sander Volksblattes*“, in: HN, Nr. 109, 5.3.1933.

⁵ Die gesamte Druckauflage errechnet nach *Sperlings Zeitschriften- und Zeitungs-Adreßbuch*, S. 469f. u. 500; Danker u. a. (2003), S. 87–89. Zu den Problemen, eine verlässliche Auflage der *Hamburger Volkszeitung* zu bestimmen, vgl. Führer 2008 (s. Editorischer Hinweis).

schen Pressewesen eine völlig neuartige Zweiteilung der Zeitungslandschaft, die für die Entwicklung der Tagespresse in den ersten Jahren der NS-Herrschaft von grundlegender Bedeutung war: Auf der einen Seite standen die NS-Parteizeitungen, die triumphierend den Beginn eines neuen Zeitalters verkündeten, in dem alte Strukturen auf allen sozialen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen beiseite gefegt würden; auf der anderen Seite fanden sich alle weiter erscheinenden Periodika wieder, die nicht in direkter Verbindung zur NSDAP standen. In der Sicht der siegreichen totalitären Bewegung handelte es sich hier durch die Bank um ‚bürgerliche‘ Zeitungen, die von Journalisten geschrieben wurden, denen das revolutionäre Selbstverständnis der wahren Nationalsozialisten fehle; gerade den Redakteuren der NS-Presse, die bislang im journalistischen Abseits Selbstaussbeutung im Dienst der Partei betrieben hatten, galten die ‚alten‘ Periodika allesamt als politisch verdächtig, wenn nicht sogar schlicht als völlig überflüssig.

Auf den Druck, der sich aus dieser Frontstellung der Parteizeitungen gegen konkurrierende Blätter ergab, und auf die rasch ausgebaute Machtfülle der NSDAP reagierte die ‚bürgerliche‘ Presse ganz unabhängig von der zuvor verfolgten politischen Linie der Redaktionen mit eiliger Anpassung. Nur in einigen Ausnahmefällen blieb wenigstens eine Distanz gegenüber den neuen Machthabern erkennbar. Diese beiden Feststellungen gelten für Deutschland allgemein wie auch speziell für Hamburg. Auch an der Elbe vollzog sich die Einordnung der Tagespresse in das entstehende diktatorische System weitgehend als Prozess der journalistischen Selbstgleichschaltung, der rasch und reibungslos verlief, obwohl die NSDAP gleichzeitig noch stark damit beschäftigt war, ihr pressepolitisches Regime mit all seinen Leitlinien, Verboten und Repressionsmöglichkeiten überhaupt erst zu errichten. Die einzige Ausnahme von dieser Regel war in der Hansestadt der bislang linksliberal orientierte *Hamburger Anzeiger*, die auflagenstärkste Zeitung der Stadt – und in diesem Fall setzte das NS-Regime dann tatsächlich seine Machtmittel (sprich: das Erscheinungsverbot) ein, um eine politische Gleichschaltung der Zeitung zu erzwingen. In allen anderen Hamburger Zeitungsverlagen aber markierte spätestens die Nacht des Reichstagsbrands die Wende zur willigen Unterwerfung.

Das *Hamburger Fremdenblatt* kann dafür als Beispiel dienen. Das ursprünglich liberale Blatt hatte sich spätestens 1932 in Anpassung an den politischen Trend immer deutlicher nach rechts gewandt. Nach Hitlers Aufstieg zum Reichskanzler hielt sich die *HF*-Redaktion dennoch zunächst politisch bedeckt: Sie begrüßte die Regierungsverantwortung der NSDAP, ließ gleichzeitig jedoch auch Bedenken gegen eine Alleinherrschaft der Nationalsozialisten erkennen. Am 28. Februar 1933, dem Tag nach dem Reichstagsbrand, erschien das *Fremdenblatt* in seiner Morgenausgabe jedoch mit einem Leitartikel des designierten Chefredakteurs Sven von Müller, der die Kommunisten hier nicht nur als Urheber des Anschlags bezeichnete, sondern sie gleich auch noch als „undeutsche

Elemente“ schmähte und ganz im Sinne der Nationalsozialisten „einen rücksichtslosen und drakonischen Schlußstrich unter die verbrecherische Agitation“ forderte, die bislang „Teile der deutschen Arbeiterschaft immer wieder gegen das nationale Interesse des Vaterlandes“ verhetzt habe.⁶ In den anderen Hamburger Tageszeitungen las es sich kaum anders.⁷

Nach den Wahlen vom März 1933 und der Neubildung des Hamburger Senats gab es dann vollends kein Halten mehr: Ergebnissadressen von Zeitungsredaktionen kamen der Hamburger NSDAP seitdem nahezu von allen Seiten ins Haus. So rühmte sich die Redaktion der konservativen *Hamburger Nachrichten* im April 1933, sie habe „den nationalen Befreiungskampf stets in vorderster Linie geführt“ und stehe nun bereit, „die Bausteine des neuen Deutschlands [zu] schichten. Klar ist das Ziel: die innere Verwurzelung des neuen nationalen Volksstaates, in der die Volksgemeinschaft lebendig ist.“⁸ Der ehemals liberale *Hamburgische Correspondent* erklärte wenig später, er wolle in allen seinen Sparten „die gewaltige Arbeit der nationalen Regierung am Neubau des Reiches“ unterstützen und werde dementsprechend künftig die Themen „Jugendertüchtigung, Sport, Wehrpolitik und Siedlung“ ganz besonders in den Vordergrund rücken.⁹ Selbst kleinere Blätter mochten da nicht zurückstehen: Die *Bergedorfer Zeitung* wandte sich sogar direkt an den neuen Bürgermeister Vincent Krogmann, um ihn wissen zu lassen, sie habe sich „von jeher, auch unter schwierigen Verhältnissen, für den Durchbruch des nationalen Gedankens eingesetzt und nach dem Sieg der nationalen Revolution vom ersten Tag rückhaltlos zu der neuen Regierung bekannt“.¹⁰

Dieses retrospektive Bekennterum führte zu Eifersucht und Denunziationslust. So ließen es sich die zum Nationalsozialismus konvertierten *Hamburger Nachrichten* nicht nehmen, auf das gleichfalls um die Aufmerksamkeit der Partei bettelnde *Fremdenblatt* einzuschlagen: Für die „nationale Aufgabe“ sei das Broschek-Blatt noch lange nicht rehabilitiert, obwohl es sich seit dem Februar 1933 geschickt „die nationale Sprache“ zu eigen gemacht habe, denn „dazu gehört eine Läuterung, die niemals aus den demokratischen Federn fließen kann, mit denen das ‚Fremdenblatt‘ heute noch geschrieben wird“.¹¹ Ironischerweise allerdings landete der Vorwurf der „händlerische[n] Ausnutzung der nationalen Begeisterung“,

⁶ S[ven] v[on] M[üller]: „Das deutsche Haus“, in: *HF*, Nr. 59 A, 28.2.1933. Vgl. Fromme 1981, S. 164f.

⁷ Vgl. etwa: „Das Signal“, in: *HN*, Nr. 100, 28.2.1933; „Die Regierung greift durch“, in: *Hamburgischer Correspondent (HC)*, Nr. 100, 28.2.1933; „Flammenzeichen!“ in: *HC*, Nr. 102, 1.3. 1933; „Reichstagsgebäude durch Feuersbrunst vernichtet“, in: *Altonaer Nachrichten*, Nr. 50, 28.2.1933; „Reichstagsbrand als Zeichen zum Aufruhr“, in: *Harburger Anzeigen und Nachrichten*, Nr. 127, 28.2.1933; „In den öden Fensterhöhlen wohnt das Grauen“, in: ebd.

⁸ „An der Schwelle“, in: *HN*, Nr. 174, 12.4.1933.

⁹ „An unsere Leser und Freunde“, in: *HC*, Nr. 338, 22.7.1933.

¹⁰ Schriftleitung der *Bergedorfer Zeitung* an Bürgermeister Vincent Krogmann, 7.8.1933, in: Staatsarchiv Hamburg (StA HH) 135-1 I-IV/3364.

¹¹ „Warnung vor Schleichern“, in: *HN*, Nr. 138, 22.3.1933.

den die Redaktion der *Nachrichten* gegenüber dem *HF* erhob, auf einem Umweg nach einiger Zeit wieder vor ihrer eigenen Tür. Wie sich denken lässt, verfocht das *Hamburger Tageblatt* seinen Anspruch, die einzig ‚wahre‘ nationalsozialistische Tageszeitung in Hamburg zu sein, nach der Machtübernahme Hitlers noch sehr viel entschiedener als vor 1933. Deshalb sahen sich die *HN*-Redakteure im offiziellen Organ der Hamburger NSDAP als Journalisten abgefertigt, die „den Nationalsozialismus in seiner letzten Tiefe und in seinen höchsten Zielen noch nicht erfaßt haben. Das kann man einfach nicht, wenn man jahrelang zwischen den Parteien pendelte, für und gegen Hitler war und mit knapper Mühe noch auf den letzten Wagen des abgehenden Zuges sprang.“¹²

Diese Belehrung bezeichnet präzise das neuartige Machtgefälle im Journalismus, das mit der Übernahme der Regierungsgewalt durch die NSDAP entstanden war: Die politische Definitionsmacht lag eindeutig und ausschließlich bei den Partei-Journalisten. Alle anderen Zeitungsleute aber waren seit dem Januar 1933 unabhängig von ihrem beruflichen Renommee und von ihrer Stellung zunächst einmal nichts anderes als Lehrlinge, die sich jederzeit einen Verweis von den Hütern der rechten Lehre einfangen konnten.

Dies galt umso stärker, als der Bruch des Jahres 1933 in den Redaktionen der ‚bürgerlichen‘ Hamburger Zeitungen in der Tat personell kaum zu Veränderungen geführt hatte. Sie wurden auch im ‚Dritten Reich‘ weitgehend von genau den Redakteuren und Autoren gemacht, die dieses Geschäft schon in der Weimarer Republik besorgt hatten. Zwar gab es auf dem Stuhl des Chefredakteurs bei den *Hamburger Nachrichten* 1933/34 gleich viermal einen Wechsel; aber das hatte offensichtlich keine politischen Hintergründe, sondern war vor allem das Ergebnis persönlicher Querelen (und daneben wohl zumindest vermittelt auch ein Reflex des schlechten Managements, an dem der Verlag gerade in der NS-Zeit zunehmend litt).¹³ Eher wirtschaftliche als politische Motive standen hinter dem Wechsel in der Leitung des *Hamburgischen Correspondenten* im Juli 1933: Der Verleger Ernst Hirsch versuchte damit, das finanziell seit langem

¹² „Die feinen Leute“, in: *Hamburger Tageblatt (HT)*, Nr. 10, 10.11.1934.

¹³ Der Grund für das Ausscheiden des bisherigen Hauptschriftleiters Hans-Joachim von Neuhaus im Oktober 1933 ist unklar. Vgl. Bohrmann/Toepser-Ziegert (Hrsg.) (1984), S. 84*. An die Stelle von Neuhaus trat der bisherige Politik-Redakteur Wilhelm Esser. Esser kündigte im Sommer 1934 „wegen persönlicher Zusammenstöße mit einem anderen Mitglied der Schriftleitung“. So die Auskunft in: Staatliche Pressestelle Hamburg an den Vorsitzenden des Bezirksgericht der Presse, Oberlandesgerichtsrat Markmann, 23.2.1935, StA HH 135-1 I-IV/3449. Sein Nachfolger Arvid Balk wurde bereits nach kurzer Tätigkeit entlassen. Er selbst stellte sich in internen Schreiben als Opfer einer gegen die NS-nahe Linie des Blattes gerichteten Intrige der Verlegerfamilie Hartmeyer dar, aber das ist angesichts der unveränderten politischen Ausrichtung des Blattes vor wie nach seinem Interregnum nicht überzeugend. Offensichtlich wurde er entlassen, weil er sich nach den steifen Regeln des Hamburger Großbürgertums unter Alkoholeinfluss auf einer Feier daneben benommen hatte. Arvid Balk an Oberregierungsrat Paul Lindemann, 8.11.1934, StA HH 135-1 I-IV/3358 UA 1; Paul Lindemann an Arvid Balk, 9.11.1934, ebd. Balk wurde durch Fritz Roßberg ersetzt, der zuvor Lokalredakteur der *HN* gewesen war. Vgl. das Impressum in: *HN*, Nr. 531, 13.11.1934. Roßberg behielt sein Amt bis zur Einstellung der *HN* im Frühjahr 1939.

kränkelnde Unternehmen wieder auf Erfolgskurs zu führen. Die noch stärkere Betonung der ‚nationalen‘ Gesinnung des Blattes durch den neuen Verlagsleiter war mithin eher eine Marketingstrategie als das Ergebnis einer von den Nationalsozialisten durch Druck erzwungenen politischen Gleichschaltung.¹⁴

Nahezu gänzlich unverändert präsentierten sich Verlag und Redaktion des *Hamburger Fremdenblatts*. Zwar schied der Chefredakteur Felix von Eckardt Ende März 1933 aus dem Amt; aber dabei handelte es sich nicht um eine politisch motivierte Entlassung, sondern um eine seit längerem geplante Pensionierung aus Altersgründen. Der vom Verleger Kurt Broschek als Nachfolger Eckardts nach Hamburg geholt Sven von Müller rückte wie geplant an die Spitze der HF-Redaktion, obwohl die *Nachrichten* in ihrem oben bereits zitierten Angriff auf das HF ausdrücklich darauf hingewiesen hatten, dass er vor seinem Wechsel an die Elbe in Berlin im liberalen Ullstein-Verlag tätig gewesen war und damit als „demokratische Feder“ zu gelten habe.¹⁵ Auch auf den Positionen der Ressortleiter gab es beim *Fremdenblatt* 1933/34 keine politisch motivierten Veränderungen. Neueinstellungen und Wechsel innerhalb der Redaktion ergaben sich allenfalls aus ‚natürlichen‘ Veränderungen des Personalbestandes, also durch den Weggang von Beschäftigten an andere Häuser sowie durch Pensionierungen und Todesfälle.¹⁶

Grundlegend anders verhielt es sich – wie oben schon kurz angedeutet wurde – lediglich im Fall des *Hamburger Anzeigers*. Nur diese Redaktion machte in Hamburg zumindest den Versuch, etwas von der alten politischen Linie des Blattes in die ‚neue Zeit‘ hinüber zu retten, von der die Nationalsozialisten pausenlos redeten; nur bei dieser Zeitung setzte die NSDAP wirklich ihre Machtmittel ein, um die politische Gleichschaltung zu erzwingen. Noch am 30. Januar 1933 mochte der *Anzeiger* in Hitlers Ernennung zum Reichskanzler nichts anderes sehen als „eine ungeheure Gefahr für den Frieden unseres Volkes, für den Bestand unseres Staates [...] – von den Rechten der demokratischen Verfassung und ihren Sicherungen für die Freiheit der Nation gar nicht zu reden“; einen Tag später bescheinigte Chefredakteur Alois Winbauer Hitler

¹⁴ Zum Programm des neuen Verlagsleiters Hugo Weissenstein vgl.: „An unsere Leser und Freunde“, in: *HC*, Nr. 338, 22.7.1933.

¹⁵ Eckardt war bis Ende März 1933 im HF-Impressum als Hauptschriftleiter verzeichnet. Müller übernahm seine Stellung allerdings offensichtlich nicht unmittelbar nach Eckardts Ausscheiden: Das Impressum führte ihn erst Ende Dezember 1933 als Hauptschriftleiter, in der Zwischenzeit wurde dort stets nur ein „Verantwortlicher Redakteur“ benannt, wobei diese Position in bunter Reihenfolge von drei verschiedenen HF-Mitarbeitern bekleidet wurde. Ob dieses ungewöhnliche Interregnum mit dem Angriff der *Nachrichten* auf Müller zu tun hatte, konnte im Rahmen dieser Untersuchung nicht geklärt werden. Das erste Impressum, das Müller als Hauptschriftleiter auführt, vgl. in: *HF*, Nr. 353, 22.12.1933. Fromme geht darauf nicht ein und nennt auch kein Datum für Müllers Amtsantritt. Vgl. Fromme 1981, S. 309. Ein Nachruf des *Hamburger Abendblatts* (*HAB*) auf Müller datiert die Übernahme der HF-Chefredaktion auf den 1. Dezember 1932. „Mit Hamburg auf Jahrzehnte verbunden“, in: *HAB*, Nr. 238, 12./13.10.1974.

¹⁶ So musste das HF im November 1933 seinen verstorbenen Musikkritiker ersetzen, der seit 1897 für das Blatt gearbeitet hatte. Vgl.: „Heinrich Chevalley †“, in: *HF*, Nr. 310, 9.11.1933.

zwar staatsmännisches Geschick bei seinen ersten Auftritten als Amtsinhaber, zugleich aber titulierte er die NSDAP auch in diesem Leitartikel in wünschenswerter Klarheit noch als „Diktaturpartei“.¹⁷

Die Feindschaft der Nationalsozialisten, die solche Formulierungen nach sich ziehen mussten, entlud sich zum ersten Mal in dem oben schon erwähnten Überfall von SA-Männern auf das Verlagsgebäude am Gänsemarkt in der Nacht des Reichstagsbrands. Vielleicht fiel Winbauers Kommentar zu dem Brandanschlag deshalb doch politisch deutlich konformer aus als frühere Leitartikel aus seiner Feder. Immerhin forderte er, die NS-Regierung müsse Beweise für ihre Behauptung vorlegen, die SPD sei in das Attentat verwickelt, und in seinem Schlusssatz mahnte er, der Kampf gegen den politischen Terror dürfe nicht ohne „den Willen zur Gerechtigkeit“ geführt werden. Die Kommunisten aber wurden auch von Winbauer nicht einfach nur als politische Gegner attackiert, sondern gleich auch noch als „undeutsch“ diffamiert.¹⁸

Wenn das bereits eine partielle Anpassung an die entstehende Diktatur war, dann empfand die NSDAP sie eindeutig als unzureichend, denn dem ersten Gewaltakt gegen den *Anzeiger* nach dem Reichstagsbrand folgte nur wenig später gleich ein zweiter Terrorakt: Am 5. März, dem Tag der von Hitler angesetzten Reichstagswahl, stürmten die Schlägertrupps der NSDAP abends erneut und nun in noch größerer Zahl in die Büros am Gänsemarkt, um die Redakteure einzuschüchtern. Am Tag vor der Wahl hatte Winbauer seine Leser in einem pathosgeladenen Leitartikel beschworen, für die „Parteien des Bürgertums“ zu stimmen: Nur so sei zu erreichen, „daß der Begriff der bürgerlichen Freiheit nicht werde ein Begriff toter Erinnerung“.¹⁹

Auch der zweite Überfall der SA zeigte allerdings keineswegs sofort Wirkung. Am 7. März kommentierte Winbauer auf der ersten Seite des *Anzeigers* den Rücktritt des langjährigen Bürgermeisters Carl Petersen (der dem von der NSDAP auf das Schild gehobenen Vincent Krogmann Platz machte) mit Worten, die deutlich Distanz und Skepsis gegenüber den neuen Machthabern erkennen ließen: Winbauer erinnerte eindringlich an die Verdienste Petersens; er sah ihn nur durch „die Zufälligkeit politischer Entwicklungen“ aus dem Amt gedrängt (während die NSDAP doch immer von einer „nationalen Revolution“ sprach) und meinte, der neue Senat, der das Erbe der alten sozialdemokratisch-liberalen Regierung antrat, stehe vor einer schwierigen Aufgabe: „Es ist ein Erbe, das zu verwalten nicht bloß die heiße Bereitschaft des guten Willens gehört [!], sondern das Klugheit und Erfahrung, etwas von hanseatischem Selbst-

¹⁷ „Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt“, in: *Hamburger Anzeiger (HA)*, Nr. 25, 30.1.1933; A[lois] W[inbauer]: „Der Anfang“, in: *HA*, Nr. 26, 31.1.1933.

¹⁸ A[lois] W[inbauer]: „Die Brandfackel“, in: *HA*, Nr. 50, 28.2.1933.

¹⁹ „Die Geschichte einer Zeitung“, in: *HA*, Nr. 1, 13.9.1919; A[lois] W[inbauer]: „Einigkeit und Recht und Freiheit“, in: *HA* Nr. 54, 4.3.1933.

bewußtsein und viel von hanseatischem realen Sinn erfordert. Wir wünschen das alles den neuen Männern von Herzen.²⁰

Blieb dieser subtil subversive Text noch ohne Konsequenzen (wohl auch weil der *Anzeiger* in den darauffolgenden Tagen Kreide fraß und nichts mehr publizierte, was die NSDAP hätte ärgern können), so bewog ein neuer Versuch der *HA*-Redaktion die journalistischen Handlungsmöglichkeiten im ‚Dritten Reich‘ auszutesten, die NSDAP dann doch zu einer harten Reaktion. Stein des Anstoßes war ein Text, der ein Verfahren anwandte, mit dem politisch dissidente Journalisten in allen Diktaturen und Zensursystemen immer wieder versucht haben, öffentlich Dinge mitzuteilen, die den Machthabern missfallen mussten: die Präsentation eines Dokumentes von ‚gegnerischer‘ Seite, an die sich das Dementi der wiedergegebenen Aussagen anschloss. Unter dem Vorwand, die Leser mit einem Beispiel ausländischer Gräuelpropaganda bekannt zu machen, druckte der *Hamburger Anzeiger* vollständig den Text eines angeblich aus der Tschechoslowakei stammenden Flugblatts, in dem das ‚Dritte Reich‘ als brutale Diktatur bezeichnet wurde. Vieles an diesem rhetorisch überbordenden Text war recht übertrieben; im Kern aber traf er doch ins Schwarze: Das Deutschland der NSDAP erschien hier als „ein einziger großer Kerker, ein Friedhof des Geistes“. Ganz am Ende dieses Artikels stand dann ein karger kommentierender Satz der Redaktion, der betonte, es bedürfe „keines Hinweises, daß solche Entstellungen grobe Sünde an der Wahrheit sind“.²¹

Das war zwar klassische ‚Sklavensprache‘, die etwas anderes als das meinte, was sie sagte, und die deshalb nur unter Eingeweihten und Gleichgesinnten funktionieren konnte; die Geduld der NSDAP aber fand selbst an solchen Andeutungen ihre Grenze. In Reaktion auf den Artikel wurde der *Anzeiger* von der Hamburger Polizeibehörde für 14 Tage verboten (wobei die Hamburger in der Medienöffentlichkeit allerdings nichts über den Grund des Verbots erfuhren).²² Nach Ablauf der zwei Wochen verlängerte der Polizeisenator das Verbot – wieder ohne Angabe von Gründen – „bis auf weiteres“.²³ Evident ging es hier um mehr als um die Abstrafung eines einzelnen politisch versteckt dissidenten Zeitungsartikels. Mit der unbefristeten Verlängerung des Verbots konfrontierte der NS-Senat den Verlag der auflagenstärksten Hamburger Tageszeitung mit der Drohung, den *Anzeiger* genauso zu behandeln wie die auf Dauer

²⁰ A[lois] W[inbauer]: „Abschied von Dr. Petersen“, in: *HA*, Nr. 56, 7.3.1933.

²¹ „Wie es gemacht wird“, in: *HA*, Nr. 74, 28.3.1933. Wie man es nach den Regeln der NSDAP ‚richtig‘ machte, zeigte die Redaktion der *Hamburger Nachrichten*. Auch sie druckte das Flugblatt ab, kommentierte es aber mit einem längerem Passus, der scharf gegen die Sozialdemokratie polemisierte: Weil der abgedruckte Text angeblich von der sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei stammte, forderte das Blatt die Reichsregierung auf, unter den deutschen Sozialdemokraten „Geiseln“ zu nehmen, „die dafür bürgen, daß die sozialdemokratischen Verleumder im Ausland ihre Hetze einstellen“. „Die marxistische Schmutzflut gegen Deutschland“, in: *HN*, Nr. 88, 29.3.1933.

²² „Der *Hamburger Anzeiger* auf 14 Tage verboten“, in: *HT*, Nr. 75, 29.3.1933.

²³ „Das Verbot des *Hamburger Anzeigers* verlängert“, in: *HN*, Nr. 174, 12.4.1933.

unterdrückten sozialdemokratischen und kommunistischen Tageszeitungen. Offensichtlich hat der Giradet-Verlag in dieser Situation Druck auf seinen Hamburger Repräsentanten Justus Hendel ausgeübt (der das Blatt herausgab, zugleich aber auch Miteigentümer des *HA* war), der NSDAP handfeste Garantien für eine künftige Einordnung des *Anzeigers* in das von der Partei beherrschte ‚Dritte Reich‘ zu geben.²⁴

Was genau hier hinter den Kulissen geschah, während die ca. 150.000 Hamburger Abonnenten des *Anzeigers* weiterhin auf ‚ihre‘ Zeitung verzichten mussten, ist heute wegen des Mangels an aussagekräftigen Quellen nicht mehr zu rekonstruieren. Die Polizeibehörde hob das Verbot zum 20. April 1933, also 20 Tage nach der ersten Verfügung, wieder auf. Zuvor hatte der Verlag eine Erklärung abgegeben, er werde „Massnahmen zur Umgestaltung der Redaktionsführung im Einvernehmen mit der hiesigen Gauleitung der N.S.D.A.P. vornehmen“.²⁵ De facto wurde der neue *HA*-Chefredakteur dann offensichtlich von Gauleiter Karl Kaufmann schlicht ernannt, ohne dass ein „Einvernehmen“ mit Giradet dabei eine besondere Rolle gespielt hätte: An die Spitze des ehemals linksliberalen Blatts trat ausgerechnet Hans Jacobi, der bisherige Chefredakteur des lokalen NSDAP-Organs *Hamburger Tageblatt*. Ganz im typischen NS-Jargon „ermächtigte“ Kaufmann den neuen Hauptschriftleiter gleich bei seiner Ernennung, „die notwendigen personellen Veränderungen im Redaktionsstab des Hamburger Anzeigers durchzuführen“ – was den Herausgeber und Verleger Justus Hendel in seinem eigenen Haus weitgehend entmachtete. Hendel dokumentierte das im ohnmächtigen Protest, indem er monatelang nicht mehr in seinem Büro erschien. Als erste Amtshandlung gab Jacobi die nach der ganzen Vorgeschichte nicht sonderlich überraschende Erklärung ab, der *Anzeiger* werde sich unter seiner Führung „rückhaltlos in den Dienst der Reichs- und hamburgischen Regierung“ stellen.²⁶

Da die erste Ausgabe nach Aufhebung des Verbots an Hitlers Geburtstag erschien, konnte der neue *HA* gleich eindringlich praktisch demonstrieren, was gemeint war: Der mit dem Titel „Unser Hitler“ versehene Geburtstagsartikel (ein besonders abstoßendes Beispiel für nationalsozialistischen Polit-Kitsch) stammte von niemand anderem als von Joseph Goebbels. In den nachfolgenden Nummern leistete die Redaktion dann noch gleich zweimal indirekte Abbitte für den nur kärglich kommentierten Abdruck des tschechoslowakischen Flugblatts, dessen Text zum Verbot des *HA* geführt hatte: Ein Artikel ‚infor-

²⁴ Vgl. den entsprechenden Hinweis in: Lüth (1966a), S. 90.

²⁵ „Verbot des *Hamburger Anzeigers* aufgehoben“, in: *Berliner Tageblatt*, Nr. 184, 21.4.1933.

²⁶ Meldung der Staatlichen Pressestelle Hamburg, 22.4.1933, StA HH 135-1 I-IV/3356 UA 1. Nach einer rückblickenden Darstellung des Giradet-Verlags wurde der neue Chefredakteur von Kaufmann „mit diktatorischen Vollmachten über die Redaktion“ eingesetzt. Giradet & Co. an Senatsdirektor Erich Lüth, 23.1.1951, StA HH 135-1 V/810-1 Bd. 1. Zu Hendels Fernbleiben vgl. Lüth (1966a), S. 90. Hendels Name, der vor dem Verbot stets ganz vorne im Blatt unter dem Titel gestanden hatte, tauchte seit dem Wiedererscheinen im *HA* überhaupt nicht mehr auf.

mierte‘ die Leser über die Praxis der ausländischen Agitation gegen das ‚Dritte Reich‘ durch die Produktion gefälschter Nachrichten; daneben bekannte sich das Blatt in einem Leitartikel dann auch noch mit enthusiastischen Worten zum nationalsozialistischen Verständnis von der Tageszeitung als „Waffe deutscher Politik“.²⁷

Wie umfangreich das personelle Revirement ausfiel, das Jacobi der *HA*-Redaktion dank der Intervention der NSDAP aus persönlicher Machtvollkommenheit verordnen konnte, lässt sich nicht exakt angeben. Zumindest auf der Ebene der verantwortlichen Redakteure scheint es nur wenige Übernahmen des ‚alten‘ Personals gegeben zu haben. Trotz dieser Unsicherheit davon bleibt ein Kontrast zwischen dem *Anzeiger* und den übrigen ‚bürgerlichen‘ Hamburger Tageszeitungen zu konstatieren: Nur beim Giradet-Blatt gab es eine aktive Intervention der NSDAP in die Angelegenheiten von Zeitungsverlag und Redaktion und nur hier kam es zu größeren personellen Veränderungen unter den Journalisten.

Bei den übrigen Hamburger Zeitungsverlagen und -redaktionen brauchte es 1933 keinen offenen Druck, um sie zu dem offensiven Bekenntnis zum ‚neuen‘ Staat zu bewegen, das die NSDAP verlangte. Im vorsehenden Gehorsam beugten die Verleger und auch die Journalisten dieser Blätter sich rasch und geschmeidig der Macht der Partei. Die erhebliche personelle Kontinuität bei diesem Übergang vom System einer freien Presse in der liberalen Demokratie zur Gängelung aller Zeitungen durch die Diktatur verdient besondere Beachtung, kam sie doch erst durch einen doppelten Entscheidungsprozess zustande: Auf der einen Seite sah die NSDAP offenbar keine dringliche Notwendigkeit, außerhalb der *Anzeiger*-Redaktion im Hamburger Zeitungswesen auf personelle Veränderungen zu drängen; auf der anderen Seite fühlte sich auch kein Journalist aufgerufen, mit dem Ende der Pressefreiheit aus eigener Entscheidung aus dem bislang ausgeübten Beruf auszusteigen, weil die Regeln für die Zeitungswirtschaft sich massiv veränderten. Ein solcher Fall ist jedenfalls für Hamburg nicht dokumentiert.

Reichsweit wurden 1933/34 wohl rund zehn Prozent aller Journalisten von den Nationalsozialisten aus ihrem Beruf verdrängt.²⁸ In Hamburg mag dieser Prozentsatz mit dem Verbot der *HVZ*, der verschiedenen sozialdemokratischen Zeitungen und mit der Säuberung der *Anzeiger*-Redaktion sogar noch etwas höher ausgefallen sein; daneben aber standen die Belegschaften von *Fremdenblatt*, *Hamburger Nachrichten*, *Correspondent*, *Tageblatt* sowie der zahlreichen kleinen Zei-

²⁷ Joseph Goebbels: „Unser Hitler“, in: *HA*, Nr. 92, 20.4.1933; „Wie die Greuermeldungen gemacht wurden“, in: *HA*, Nr. 94, 22.4.1933; „Die Presse – Waffe deutscher Politik“, in: *HA*, Nr. 95, 24.4.1933.

²⁸ Frei/Schmitz (1999), S. 28. Allerdings ist bei der genannten Zahl unklar, ob sie die Journalisten einschließt, die bereits im Februar/März 1933 durch das Verbot der ‚marxistischen‘ Presse Berufsverbot erhalten hatten.

tungen, in denen sich personell offensichtlich kaum etwas veränderte. Die Selbstgleichschaltung der ‚bürgerlichen‘ Tageszeitungen der Hansestadt war eben kein Prozess, der nur von Verlegern und Chefredakteuren bestimmt wurde: Das höchst komplexe Räderwerk der Zeitungsproduktion konnte lediglich deshalb so reibungslos weiterarbeiten, weil Redakteure und freie Mitarbeiter ihre Aufgaben auch unter den neuen Bedingungen stets dienstefrig erledigten.

Illusionen über den Auftrag der Journalisten im ‚Dritten Reich‘ kann sich dabei niemand gemacht haben. Im Juli 1933 besuchte Propagandaminister Joseph Goebbels die Hansestadt und dabei sprach er im Rathaus auch vor der Hamburger Presse. Der für 15 Minuten angesetzte Empfang dauerte schließlich eine Stunde, weil der Minister ungeplant zu einer Grundsatzrede anhub, in der er unverblümt deutlich machte, wie gering der Respekt der NSDAP vor der Presse ausfiel: „Ob Sie uns sympathisch gegenüberstehen oder nicht, das spielt gar keine Rolle, an unserer Herrschaft ist nichts mehr zu ändern, die Kraftquelle unseres politischen Handelns ist die Organisation, die wir uns geschaffen haben. Und da diese Organisation ohne Kompromiß aufgebaut wurde, wird sie die Macht auch ohne Kompromiß anwenden.“²⁹

Nur einen Monat später empfingen die Hamburger Journalisten auf der Mitgliederversammlung ihres Berufsverbandes (dem zu diesem Zeitpunkt schon fast alle an der Elbe tätigen Zeitungsschreiber angehörten) als Festredner den neuen Polizeisenator Alfred Richter. Der SA-Mann und ‚alte Kämpfer‘ der NSDAP hielt sich nicht mit Floskeln auf: „Das Schlagwort von der Freiheit der öffentlichen Meinung [...] muß heute ohne Tränen zu Grabe getragen werden. Für die Presse gibt es heute nur noch ein Objekt: die Sache der Nation, und nur eine Objektivität: der Nation zu dienen.“ Unter dem Beifall der Zuhörer dankte der Vorsitzende des Landesverbandes dem Senator anschließend für „die klaren und aufschlußreichen Ausführungen“.³⁰

Auch die Leser trugen ihren Teil dazu bei, dass die Entstehung einer nationalsozialistisch beherrschten Presse sich in Hamburg ohne massive Erschütterungen des Zeitungsmarkts vollzog, lieferten sie als unverändert willige Käufer doch das zwingend notwendige ökonomische Fundament für die Gleichschaltung der zuvor politisch ganz unterschiedlich orientierten Zeitungen. Besonders bemerkenswert ist dabei der Fall des *Hamburger Anzeigers*: Weder der scharfe politische Kurswechsel des Blatts bei seinem Wiedererscheinen im April 1933 noch das vorangegangene dreiwöchige Ausbleiben der Zeitung scheint die Abonnenten vertrieben zu haben: Für den Dezember d. J. bezifferte der *HA* seine durchschnittliche Druckauflage auf täglich 147.000 Exemplare; die Wochenendausgabe vom Sonnabend wurde dabei sogar jeweils 152.000 mal gedruckt. Damit war der *Hamburger Anzeiger* nicht nur unverändert die aufla-

²⁹ „Die Presse im Dritten Reich“, in: *Altonaer Nachrichten*, Nr. 141, 17.6.1933.

³⁰ „Landesverband Groß-Hamburg-Lübeck“, in: *Deutsche Presse (DP)* 23 (1933), S. 224.

genstärkste Tageszeitung an der Elbe. Auch gegenüber 1932, als der Verlag die *HA*-Auflage mit 160.000 Exemplare angegeben hatte, war nur ein geringer Teil der Leser verloren gegangen – zumal wenn man berücksichtigt, dass die selbst-deklarierte Zahl aus dem letzten Jahr der Weimarer Republik möglicherweise aus Werbegründen großzügig aufgerundet war. Die notariell beglaubigte Statistik, die der Verlag 1930 veröffentlicht hatte, jedenfalls unterschied sich kaum von den Angaben für den Dezember 1933.³¹

Bei anderen Hamburger Zeitungen ergab ein solcher Zahlenvergleich zwar teilweise stärkere Differenzen (insbesondere bei den Blättern mit kleinerer Auflage), aber dieses Minus scheint in den meisten Fällen eher auf propagandistisch überhöhte Angaben in der Zeit vor 1933 als auf massive Leserwanderungen nach der Machtübernahme der NSDAP zurückzugehen. Die Fragwürdigkeit fast aller vor 1934 veröffentlichten Auflageziffern macht es allerdings unmöglich, hier zu wirklich eindeutigen Aussagen zu kommen. Dies gilt etwa für die *Hamburger Nachrichten*. In einem Zeitungskatalog für 1933 hatte der Verlag die Auflage auf 70.000 Exemplare beziffert; im Dezember d. J. gab er dann rund 56.000 Exemplare an. Auch in diesem Fall ist nicht zu entscheiden, ob die *HN* wirklich Leser verloren hatten oder ob die neue Zahl nur stärker der Wahrheit entsprach.

Anders liegt die Sache wohl nur bei der zweitgrößten Hamburger Tageszeitung, dem *Fremdenblatt*. 1931 ließ sich der Broschek-Verlag eine Druckauflage von 150.000 Exemplaren notariell beglaubigen (und diese Zahl taucht auch noch in Sperlings Zeitungskatalog für 1933 auf, nun allerdings ohne das Notarsiegel); im Dezember 1933 aber betrug die *HF*-Auflage nur 113.000 Exemplare an den Wochentagen und 123.000 Exemplare bei den Wochenendausgaben vom Sonnabend. Hier scheint der Leserstamm also wirklich erheblich geschrumpft zu sein. Allerdings ist dabei nicht zu entscheiden, ob diese Abwanderung tatsächlich vollständig erst im Jahr 1933 erfolgte oder ob die öffentlich genannte Zahl für den Anfang des Jahres nicht eher als Eigenreklame zu werten ist, die Probleme der Zeitung verschwieg, weil die Wahrheit nicht nur dem Renommee des Blattes, sondern auch den Anzeigenpreisen abträglich gewesen wäre. Das *Fremdenblatt* kostete im Abonnement deutlich mehr als sein Hauptkonkurrent auf dem Hamburger Zeitungsmarkt, der *Anzeiger*. Eine krisenbedingte Abwanderung der Leser erscheint daher zwar durchaus als sehr plausibel; belegen aber lässt sich das nicht.

Trotz dieser offenen und nicht zu klärenden Fragen verfügen wir allerdings doch über einen gewichtigen Hinweis, dass die Absatzprobleme des *Fremdenblatts* im Hamburger Pressewesen in der Phase des Übergangs von der Demo-

³¹ Aufstellung der durchschnittlichen Auflagen der Hamburger Tageszeitungen im Dezember 1933, o. D., StA HH 135-1 I-IV/3488. Für die im Frühjahr 1933 durch das Verbot ausgefallenen Ausgaben erhielten die Abonnenten beim Wiedererscheinen des Blatts Freilieferungen.

kratie zur Diktatur eine Ausnahme und keineswegs die Regel waren: In ihren Kontakten mit Hamburger Behörden und mit der Reichspressekammer klagten die Hamburger Zeitungsverlage in den ersten Jahren der NS-Herrschaft zwar eindringlich über den schwachen Anzeigenmarkt in der Hansestadt, der sich nur sehr zögerlich von dem Einbruch in der Wirtschaftskrise erholte. Von Auflageverlusten ist hingegen nicht die Rede.³² Verleger, die ohnehin gerade über wirtschaftliche Probleme ihrer Betriebe berichteten, aber dürften wohl kaum vergessen haben, einen massiven Einbruch der Auflagen als weiteren negativen Faktor zu betonen und zu beklagen – zumal in der zeitgenössischen Fachpresse durchaus über sinkende Auflagen und eine „Flucht aus der Zeitung“ diskutiert wurde.³³

In der Gesamtschau scheint es also in Hamburg im Jahr 1933 wenn überhaupt, dann doch nur eine begrenzte Verweigerung von Lesern gegenüber der nationalsozialistisch gleichgeschalteten Presse gegeben zu haben. Lediglich die ehemaligen Abonnenten der verbotenen Linkspresse machten hier eine Ausnahme. Ansonsten aber dominierte beim Verkauf von Tageszeitungen die Kontinuität. Dabei war die völlig gewandelte Funktion der Presse alles andere als ein Geheimnis, denn die Nationalsozialisten posaunten ihre Parolen von der Tageszeitung als ‚Waffe‘ des Staates ja immer wieder stolz in die Welt hinaus.

Zwar muss die Macht von Konsumenten durchweg wohl eher als eine theoretische Größe denn als Realität gelten, ist sie doch auf allen Massenmärkten extrem zersplittert und völlig desorganisiert. Als individuelle Handlungsoption aber gehörte die Kündigung eines Abonnementsvertrags selbstverständlich auch 1933 zu den banalen Alltagsgeschäften, die weder Mut erforderten noch mit Risiken verbunden waren – und insofern verdient es denn doch besondere Erwähnung, dass eben nicht nur die Produzenten, sondern auch die Käufer der Tageszeitungen das Ende der freien Presse im Jahr 1933 schweigend und ohne erkennbare Reaktion hinnahmen.

Ein verzögerter Boom: Hamburger Zeitungen in den Jahren 1934 bis 1939

Auch nach der politischen Säuberung des Hamburger Zeitungswesens in den ersten Monaten des Jahres 1933 präsentierte sich die Presselandschaft der Hansestadt zumindest in quantitativer Hinsicht noch sehr vielgestaltig. Dieser stark diversifizierte Markt schrumpfte in den Folgejahren nur geringfügig. An-

³² Vgl. etwa: Regierungsdirektor Köhn an Oberregierungsrat Paul Lindemann, 5.10.1934, StA HH 135-1 I-IV/3358 UA 1; Vertretung Hamburgs in Berlin an das Hamburgische Staatsamt, 9.4.1936, ebd./3421. Vgl. auch allgemein zu den Nachwirkungen der Wirtschaftskrise auf dem Anzeigenmarkt: Deppe (1936), S. 109.

³³ Vgl. etwa: „Die deutsche Presse und ihre Leser“, in: *DP* 24 (1934), S. 74–75; Karl Peeck: „Die Flucht aus der Zeitung“, in: *ZV* 35 (1934), S. 249–250; Brugger/Schneider (1936), S. 178f.

fang 1939 gab es an der Elbe immer noch 16 eigenständige ‚publizistische Einheiten‘, die mindestens sechsmal pro Woche an ihre Leser gingen. Sie blickten alle auf eine Geschichte zurück, die vor das Jahr 1933 zurückreichte, d. h., das Ensemble der Hamburger Tageszeitungen hatte sich durch die Einstellung von einigen wenigen Blättern zwar verkleinert, ansonsten aber war es unverändert geblieben.

Offensichtlich herrschten bei den Tageszeitungen auch in Zeiten des politischen Umbruchs besondere Markt- und Konkurrenzbedingungen: Ihr Status als ein Gegenstand des täglichen Bedarfs sicherte ihnen eine Langlebigkeit, von der Zeitschriftenverleger nur träumen konnten. Anders formuliert: Es bedurfte offensichtlich erheblicher unternehmerischer Ungeschicklichkeit, um eine bei den Lesern etablierte Zeitung zum Scheitern zu bringen.

Solches Unvermögen bewies in Hamburg die Führung der ‚Börsenhalle G.m.b.H.‘, die als Hauptprodukt den *Hamburgischen Correspondenten* herausgab. Im Frühjahr 1934 ging der Verlag Konkurs und mit ihm verschwanden sowohl der *HC* als auch noch zwei weitere kleinere Tageszeitungen, die ebenfalls aus dem Verlagsgebäude am Alten Wall stammten. Die Druckauflage des *Correspondenten* lag Ende 1933/Anfang 1934 bei täglich rund 25.000 Exemplaren; für die beiden anderen Publikationen des Hauses, die *Hamburger Neuesten Nachrichten* und das *Hamburger 8 Uhr Abendblatt*, sind keine Verbreitungszahlen überliefert, mit Sicherheit aber waren beide Zeitungen bei den Hamburgern noch weniger erfolgreich als der nicht sonderlich populäre *HC*.³⁴

Das Scheitern der drei Blätter ist mit dem Hinweis auf ihre vergleichsweise bescheidenen Auflagen aber keineswegs erklärt, denn schließlich ernährte der Hamburger Pressemarkt zahlreiche Verlage, die noch weit auflagenschwächere Zeitungen herausbrachten (wie etwa die *Bergedorfer Zeitung*) und sich doch dauerhaft im Konkurrenzkampf behaupteten. So waren es wohl weniger Absatzprobleme, die den Zeitungen der ‚Börsenhalle G.m.b.H.‘ den Garaus machten, als ein Missverhältnis zwischen Kosten und Einnahmen, das sich hypothetisch auf die Diversifikationsstrategie der Verlagsleitung zurückführen lässt: Gerade der Versuch, dem dezidiert für das zahlungskräftige Handelsbürgertum gemachten *Correspondenten* auf dem überfüllten Hamburger Pressemarkt gleich zwei populärere Zeitungen für andere Lesergruppen an die Seite zu stellen, hat den Verlag wohl in den Ruin getrieben, denn die Jahre der Weltwirtschaftskrise waren wegen stark zurückgehender Anzeigenerlöse selbst für vorsichtig kalkulierende Presseunternehmen eine sehr schwierige

³⁴ Die amtliche Aufstellung über die Auflagen für Dezember 1933, aus der die Zahl für den *HC* stammt, führt weder die *Neuesten Nachrichten* noch das *8 Uhr Abendblatt* auf. Wahrscheinlich war die Einstellung der beiden Blätter (die am 4. Januar 1934 erfolgte), schon fest geplant, als die Dezemberzahlen nach den neuen Vorschriften für die Deklaration der Auflagen erhoben wurden. Aufstellung der durchschnittlichen Auflagen von Hamburger Tageszeitungen im Dezember 1933, o. D., StA HH 135-1 I-IV/3488.

Zeit. Anfang Januar 1934 versuchte die Unternehmensleitung den Betrieb noch zu retten, indem sie die *Neusten Nachrichten* und das *8 Uhr Abendblatt* einstellte.³⁵ Aber diese Selbstamputation kam offenbar zu spät: Ende März d. J. musste der Verlag Konkurs anmelden und damit ging dann auch der *Hamburgische Correspondent* ein. Zwar enthalten die Akten der Hamburger Staatlichen Pressestelle ein Schriftstück, das einen Versuch der nationalsozialistischen „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) dokumentiert, die marode Zeitung zu retten, weil es „im Interesse Hamburgs [liege], über eine wirklich grosse und erstklassige Handelszeitung zu verfügen. Der ‚Hamburgische Correspondent‘ sei natürlich in der heutigen Form gar nicht zu gebrauchen, er könne aber sehr wohl Rahmen und Grundlage für eine solche Zeitung abgeben.“ Die für eine Wiederbelebung des Blatts nötige Summe, die von der DAF auf mindestens 300.000 RM beziffert wurde, ließ sich jedoch offenbar nicht auftreiben.³⁶ So starb der 1731 gegründete *Hamburgische Correspondent*, der im frühen 19. Jahrhundert einmal eine der größten europäischen Tageszeitungen gewesen war, im Jahr 1934 einen kläglichen Tod.

Nach dieser Marktberreinigung, die sich schon in der späten Weimarer Republik angedeutet hatte, aber blieben in Hamburg zunächst alle anderen Tageszeitungen im Geschäft. Zwar brachte die anhaltende Krise der Werbewirtschaft 1934/35 auch die *Hamburger Nachrichten* in finanzielle Bedrängnis; die Entscheidung, auf die Morgenausgabe der *HN* zu verzichten und das Blatt nur noch einmal täglich herauszubringen, scheint den in die Krise geratenen Betrieb aber erst einmal wieder stabilisiert zu haben. Eine Trendwende gelang jedoch nicht: Anfang 1939 verschwanden auch die *Nachrichten* vom Hamburger Markt.³⁷

Wie die ab Dezember 1933 fortlaufend dokumentierten, vergleichsweise verlässlichen Auflagezahlen beweisen, erlebte Hamburg in den letzten Vorkriegsjahren dennoch einen Boom an neuen Zeitungslesern. Eine Statistik des Reichsverbandes der deutschen Zeitungsverleger, die auf den Auflagemeldungen der einzelnen Verlage fußt, belegt dieses Wachstum des hanseatischen Zeitungsmarktes. Sie versammelt Angaben für den ‚Gau Hamburg‘, bezieht sich

³⁵ „An unsere Leser!“, in: *Hamburger 8 Uhr Abendblatt*, Nr. 3, 4.1.1934. Die beiden Blätter sollten den *HC* offenbar durch andere Erscheinungszeiten ‚flankieren‘: die *Neuesten Nachrichten* als Morgenblatt, das *8 Uhr Abendblatt* als Spätausgabe. Das journalistische Renommee insbesondere der *Neuesten Nachrichten* scheint gering gewesen zu sein: Ein Hamburger Kulturjournalist bezeichnete das Blatt Anfang der 1920er Jahre abfällig als die „redaktionelle Abfallgrube“ des *Correspondenten*. Fischer (1923), S. 367.

³⁶ Aktennotiz über den Besuch von Herrn Albrecht (DAF, Hamburg) beim Aufklärungs-Ausschuß Hamburg – Bremen, 24.3.1934, StA HH 135-1 I-IV/3359 UA 3. Die Akte enthält keine weiteren Schriftstücke zu dieser Angelegenheit. Die „Deutsche Arbeitsfront“ war die nationalsozialistische Nachfolgeorganisation für die im Mai 1933 aufgelösten Gewerkschaften. Entsprechend der NS-‚Weltanschauung‘ erfasste sie Arbeitgeber und -nehmer.

³⁷ Der Übergang zum einmaligen Erscheinen erfolgte zum 1. Juli 1935. „An die Leser und die Freunde der *Hamburger Nachrichten*“, in: *HN*, Nr. 298, 29.6.1935. Seitdem bot in Hamburg nur noch das *Fremdenblatt* mehr als eine Ausgabe pro Tag an. Zur Einstellung der *Nachrichten* 1939 vgl. genauer Führer 2008 (s. Editorischer Hinweis).

also auf eine Verwaltungseinheit der NSDAP, die (anders als der Stadtstaat Hamburg) zwischen 1934 und 1939 räumlich unverändert blieb. Abbildung 1 präsentiert sowohl die addierte Druckauflage aller Zeitungen im Gau als auch Angaben zu den tatsächlich abgesetzten Exemplaren, den Abonnenten und zum Einzelverkauf pro Erscheinungstag.

Jahr	Druckauflage	Abgesetzte Auflage	Abonnenten	Einzelverkauf
1934	579.031	458.812	363.653	71.151
1935	568.661	477.209	384.747	78.891
1936	570.341	481.693	394.552	79.047
1937	559.268	504.671	411.920	79.027
1938	584.249	529.781	425.778	88.342
1939	600.221	545.602	439.653	92.972

Abb. 1: Zeitungsauflagen im Gau Hamburg 1934–1939

Gesamtauflage der im Gau Hamburg als Werbeträger zur Verfügung stehenden Zeitungen im Jahresdurchschnitt pro Erscheinungstag, für 1939 im Durchschnitt des ersten Halbjahres. Nicht erfasst sind Wochenzeitungen und illustrierte. Die „abgesetzte Auflage“ wurde errechnet aus der Zahl der vollzahlenden Abonnenten, den „übrigen ständigen Beziehern“ und dem Einzelverkauf; als „Abonnenten“ sind hier nur die vollzahlenden Bezieher aufgeführt. Zur Gruppe der in der Quelle gesondert aufgeführten „übrigen ständigen Bezieher“ siehe die Angaben unten. Alle Angaben errechnet nach: „Die Gesamtauflage der deutschen Zeitungen“, in: ZV 38 (1937), 377–381, hier: 379 (1934–1936); „Die Gesamtauflage der deutschen Zeitungen“, in: ZV 41 (1940), 326–327, hier: 326.

Sozial- und mediengeschichtlich besonders relevant ist in dieser Statistik die Kategorie „Abgesetzte Auflage“, denn sie beziffert, wie viele Zeitungsexemplare wirklich in die Hände von Lesern gelangten. Diese Zahl der tatsächlich gekauften und gelesenen Zeitungen stieg in Hamburg zwischen 1934 und 1939 um rund 79.000 Exemplare pro Erscheinungstag und damit um 18,9 Prozent. Noch bessere Zuwachsraten gab es bei den vollzahlenden Abonnenten (ein Plus von 20,9 Prozent) sowie beim Einzelverkauf (er legte gegenüber 1934 um 30,7 Prozent zu). Der gleichgeschalteten Presse des ‚Dritten Reichs‘ mangelte es in der ehemals ‚roten‘ Großstadt Hamburg offensichtlich keineswegs an Popularität.³⁸

Dieser Absatzerfolg der Tageszeitungen wurde nicht auf einem statischen Markt errungen. Selbstverständlich verharnte die Hamburger Gesellschaft nicht bis 1939 auf dem Entwicklungsstand, den sie bei der Machtübernahme der NSDAP erreicht hatte. Vielmehr kam es zu dynamischen Veränderungen, die auch die Absatzchancen für Presseprodukte tangierten. Besonders bedeutsam ist in diesem Zusammenhang der Anstieg der Haushaltszahlen: Wie das Deutsche Reich allgemein, so erlebte auch Hamburg nach 1933 eine Heiratswelle,

³⁸ Der geringere Anstieg der Druckauflage ergab sich aus eingeschränkten Möglichkeiten der Verlage, Frei- und Werbexemplare zu verteilen. Vgl. dazu Führer (2007), S. 411–434, hier: S. 419.

die sich ebenso aus Hoffnung auf eine sichere Zukunft (gerade in wirtschaftlicher Hinsicht) wie aus demographischen Strukturen speiste. Im Mai 1939 zählten die Statistiker deshalb im Stadtstaat Hamburg rund 582.000 Haushalte; 1933 hatte es (zurückgerechnet für den gleichen Gebietsstand) hingegen nur 525.000 Haushalte gegeben. Da Zeitungen vornehmlich per Abonnement an Haushalte vertrieben wurden, hatte sich der Absatzmarkt der Hamburger Tagespresse damit deutlich erweitert.³⁹

Erst verfügbare Kaufkraft aber macht aus potentiellen Kunden reale Abnehmer. Auch die wirtschaftliche Lage ist also als Faktor der Auflagenentwicklung zu bedenken. Hamburg litt als deutsche Außenhandelsmetropole zwar deutlich länger als andere Regionen und Großstädte im Reich auch nach 1933 noch unter den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, denn für die nationalsozialistischen Wirtschaftspolitiker hatte die Förderung ausländischer Handelsbeziehungen keine Priorität. Ab 1935 aber verbesserte die vom NS-Regime entfachte Rüstungskonjunktur dann doch zunehmend die Auftragslage in der Hamburger Industrie. 1938/39 schließlich herrschte auch an der Elbe Vollbeschäftigung.⁴⁰

Sowohl die Existenz zahlreicher junger Familien als auch der Rückgang der Arbeitslosigkeit begünstigten ohne Frage den Absatz von Tageszeitungen.⁴¹ Als weiteres Element aber muss auch ein dauerhaftes Interesse an den gleichgeschalteten Tageszeitungen existiert haben. Wie die Zahlen der verkauften Zeitungen beweisen, war dieses Interesse bei den Hamburgern fast allgemein verbreitet. Für 1939 kann jedenfalls auch dann von einer publizistischen Vollversorgung der Bevölkerung gesprochen werden, wenn man auf die Zahl der tatsächlich verkauften Zeitungen schaut (bei der Druckauflage ist sie ohnehin gegeben): Nur 36.000 Haushalte (6,2 Prozent) blieben statistisch gesehen ohne Zeitung. Bemerkenswert ist auch der hohe Anteil der Haushalte, die ein Abonnement hielten: Drei Viertel der Hamburger Familien und der eigenständig wirtschaftenden ‚Singles‘ bezogen im ersten Halbjahr 1939 regelmäßig eine Tageszeitung.⁴² Berücksichtigt man zusätzlich, dass Tageszeitungen seinerzeit gerade in den unteren sozialen Schichten oft an mitlesende befreundete Familien weitergegeben wurden, die sich selbst kein Abonnement leisten konnten, dann

³⁹ Die Zahl der Haushalte für 1933 aus: *Statistisches Jahrbuch für die Hansestadt Hamburg 1937/38*, S. 10; die Zahl für 1939 aus: *Statistik des Deutschen Reiches*, S. 50.

⁴⁰ Vgl. als Überblick: Weinbauer (2005), S. 191–223.

⁴¹ 1936 erhielten frischverheiratete Paare auf dem Standesamt einen Gutschein für ein kostenloses vierwöchiges Probeabonnement, den sie bei einem Verlag ihrer Wahl einlösen konnten. Vgl.: „Gemeinschaftswerbung für die deutsche Zeitung“, in: *Deutsche Gemeindebeamten-Zeitung* 42 (1936), S. 640.

⁴² Der ‚Export‘ Hamburger Zeitungen in auswärtige Regionen kann hier vernachlässigt werden. Von allen Hamburger Tageszeitungen wurde nur das *Fremdenblatt* überregional wahrgenommen. Schulte (1938), S. 27.

darf der Anteil der Hamburger, die zu Hause keine Zeitung zur Verfügung hatten, wohl berechtigt sehr niedrig angesetzt werden.⁴³

Im Rückblick auf das Jahr 1933 bezeichnet diese weite Verbreitung der Tagespresse einen gewichtigen Erfolg des NS-Regimes, denn auf dem Hamburger Zeitungsmarkt gab es 1938/39 kaum noch ‚verlorene Leser‘. Wie schon gesagt wurde, blieben nach der Machtübernahme der NSDAP mit der Unterdrückung der Linkspresse wahrscheinlich rund 90.000 Hamburger Familien ohne Zeitung. In der ersten Phase der nationalsozialistischen Gleichschaltung scheint die große Mehrzahl von ihnen auf die Tagespresse verzichtet zu haben. Aber dabei ist es ganz offensichtlich nicht geblieben: Die meisten dieser Haushalte müssen irgendwann nach 1934 als Kunden auf den gleichgeschalteten Pressemarkt zurückgekehrt sein – anderenfalls hätte es die hohe Versorgungsdichte mit Tageszeitungen vor Beginn des Zweiten Weltkriegs in Hamburg nicht gegeben.

Dieses weit in die städtische Gesellschaft ausgreifende Hamburger Zeitungswesen wurde seit 1935/36 zunehmend von den drei großen lokalen Tageszeitungen *Anzeiger*, *Fremdenblatt* und *Tageblatt* beherrscht: Sie wuchsen gemeinsam, ohne sich gegenseitig Leser abspenstig zu machen. Hinter den Kulissen waren *Anzeiger* und *Fremdenblatt* im Jahr 1936 zudem in das vom parteieigenen Eher-Verlag beherrschte nationalsozialistische Presseimperium integriert worden. 1939 entfielen 77 Prozent der gesamten Druckauflage im Gau Hamburg nur auf *Anzeiger*, *Fremdenblatt* und *Tageblatt*. In den letzten Jahren der Weimarer Republik hatte sich ein vergleichbar großer Anteil der Gesamtauflage noch auf sieben politisch höchst unterschiedlich orientierte Tageszeitungen verteilt.⁴⁴ Zwar wissen wir weder, was genau die Hamburger in der NS-Zeit in ‚ihren‘ Zeitungen lasen, noch wie sie die rezipierten Inhalte aufnahmen – trotz dieser offenen Fragen aber muss die beschriebene Veränderung als ein Prozess massiver sozialer Homogenisierung gelten. Hatte sich die stark zersplitterte Gesellschaft der Weimarer Republik auch in der Hamburger Zeitungslandschaft artikuliert und abgebildet, so konnte von medialer Fraktionierung nun kaum noch gesprochen werden: Bei der Zeitungslektüre existierte tatsächlich so etwas wie eine nationalsozialistische ‚Volksgemeinschaft‘.

⁴³ Vgl.: Drefahl (1936), S. 205. Genaue Zahlen zur Verbreitung des ‚Mitlesens‘ liegen nicht vor. Bei einer (sozialstatistisch allerdings nicht repräsentativen) Befragung von 65.000 Zeitungslesern in ganz Deutschland gaben 1934 rund 13 Prozent der Befragten an, die Zeitung regelmäßig an eine Nachbarsfamilie weiterzugeben. „Das Publikum wurde gefragt“, in: *Zeitungs-Verlag* 35 (1934), S. 712–713.

⁴⁴ Vgl. zu den Details Führer 2008 (s. Editorischer Hinweis).

Literatur

- Bohrmann, Hans/Toepser-Ziegert, Gabriele (Hrsg.) (1984): *NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation*, 7 Bde., Bd. 1: 1933. München u. a.
- Brugger, Alfons/Schneider, Carl (1936): *Der deutsche Anzeigenmarkt*. Hrsg. vom Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Berlin. Leipzig.
- Danker, Uwe u. a. (2003): *Am Anfang standen Arbeitergrößen. 140 Jahre Medienunternehmen der SPD*. Bonn.
- Deppe, Werner (1936): *Das Anzeigen- und Bezugswesen der Tageszeitungen. Dargestellt an der Entwicklung vier verschiedener Zeitungstypen in den Jahren 1924–1934*. Wirtschafts- u. sozialwiss. Diss. Universität Frankfurt/M.
- Drefahl, Karl (1936): *Der Aufbau des Vertriebes und der Bezieherwerbung der Tageszeitungen*. Bonn.
- Fischer, Hans W. (1923): *Hamburger Kulturbilderbogen*. München.
- Frei, Norbert/Schmitz, Johannes (1999): *Journalismus im Dritten Reich*. 3. überarb. Aufl. München.
- Fromme, Jürgen (1981): *Zwischen Anpassung und Bewahrung. Das „Hamburger Fremdenblatt“ im Übergang von der Weimarer Republik zum „Dritten Reich“*. Hamburg.
- Führer, Karl Christian (2008): *Medienmetropole Hamburg. Mediale Öffentlichkeiten 1930–1960*. München/Hamburg.
- Führer, Karl Christian (2007): „Die Tageszeitung als wichtigstes Massenmedium der nationalsozialistischen Gesellschaft“, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 55 (2007), S. 411–434.
- Hempel-Küter, Christa (1989): *Die kommunistische Presse und die Arbeiterkorrespondentenbewegung in der Weimarer Republik. Das Beispiel „Hamburger Volkszeitung“*. Frankfurt/M. 1989.
- Lüth, Erich (1966): *Hamburgs Schicksal lag in ihrer Hand. Geschichte der Bürgerschaft*. Hamburg.
- Lüth, Erich (1966a): *Viele Steine lagen am Weg. Ein Querkopf berichtet*. Hamburg.
- Schulte, Hanns-Heinz (1938): *Der Schriftleiterstand der Landesverbände Groß-Hamburg und Nordmark im Reichsverband der Deutschen Presse*. (Volk und Gemeinschaft, H. 2) Hamburg.
- Staatsarchiv Hamburg (StA HH)
- Sperlings Zeitschriften- und Zeitungs-Adreßbuch. Handbuch der deutschen Presse*. Bearb. von der Adreßbücher-Redaktion der Geschäftsstelle des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig. 57. Ausgabe, Leipzig 1931.
- Statistisches Jahrbuch für die Hansestadt Hamburg 1937/38*. Hrsg. vom Statistischen Landesamt. Hamburg 1939.
- Statistik des Deutschen Reiches*, Bd. 553: *Die Haushaltungen im Deutschen Reich*. Bearb. im Statistischen Reichsamt. Berlin 1944.
- Weinhauer, Klaus (2005): „Handelskrise und Rüstungsboom. Die Wirtschaft“, in: *Hamburg im „Dritten Reich“*. Hrsg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. Göttingen, S. 191–223.

Zitierte Zeitschriften

Altonaer Nachrichten
Berliner Tageblatt
Deutsche Presse (DP)
Hamburger Abendblatts (HAB)
Hamburger Anzeiger (HA)
Hamburgischer Correspondent (HC)
Hamburger Fremdenblatt (HF)
Hamburger Nachrichten (HN)
Hamburger Tageblatt (HT)
Hamburger 8 Uhr Abendblatt
Harburger Anzeigen und Nachrichten

Editorischer Hinweis: Der Aufsatz präsentiert in komprimierter Form Ergebnisse aus:

Führer, Karl Christian (2008): „Das Ensemble Hamburger Tageszeitungen in der NS-Zeit“, in: Ders.: *Medienmetropole Hamburg. Mediale Öffentlichkeiten 1930–1960*. München/Hamburg, S. 323–441.

Der vorliegende Aufsatz erschien bereits in:

Segeberg, Harro/Scheidgen, Irina/Schröter, Felix (Hrsg.) (2009): *NS-Medien in Hamburg. Fallstudien zur Mediengeschichte des Dritten Reiches*. Hamburger Hefte zur Medienkultur, Heft 11. Hamburg: Institut für Medien und Kommunikation, Univ. Hamburg, S. 25–37.